

c) Sprecherausschussrichtlinie	52
d) Dienstvereinbarung	52
e) Arbeitsvertrag	53
(1) Leistungsbestimmungsrecht des Arbeitgebers	54
(2) Anlassbezogener Änderungsvertrag	55
III. Auswirkungen der Kurzarbeit auf den Vergütungsanspruch	56
1. Anspruchsminderung entsprechend dem Umfang der Arbeitszeitreduzierung	56
2. Keine Aufrechterhaltung des Vergütungsanspruchs	60
a) Die These von der Aufrechterhaltung des Vergütungsanspruchs	60
(1) Grundentscheidung des BAG	61
(2) Fortführung und Weiterentwicklung der Rechtsprechung	62
(3) Stellungnahmen im Schrifttum	63
b) Ablehnung der These von der Aufrechterhaltung des Vergütungsanspruchs	64
(1) Keine Aufrechterhaltung gem. § 615 BGB	65
(a) § 615 Satz 1 BGB	65
(b) § 615 Satz 3 BGB	67
(2) Keine Aufrechterhaltung aufgrund des Wirtschaftsrisikos	71
3. Resümee: Risiko fehlender Kurzarbeitergeldgewährung ist Arbeitnehmerrisiko	73
4. Auswege aus der Risikoverteilung bei Kurzarbeit	74
a) Präventive Gestaltungsmöglichkeiten	74
(1) Vorrang abweichender Regelungen	74
(2) Bedingte Einführung von Kurzarbeit	76
(a) Aufschiebende Bedingung	76
(b) Auflösende Bedingung	76
b) Korrektive Ansätze	78
(1) Schadensersatzansprüche der Arbeitnehmer	78
(2) Störung der Geschäftsgrundlage, § 313 BGB	78
(3) Treu und Glauben, § 242 BGB	81

B. Sozialversicherungsrechtliche Absicherung durch Kurzarbeitergeld	82
I. Rechtsnatur und Zielsetzungen	82
1. Einordnung im System des SGB III	82
2. Zielsetzungen	83
a) Wirtschaftliche Absicherung der Arbeitnehmer	84
b) Stabilisierung der Arbeitsverhältnisse	85
c) Keine Subventionierung des Arbeitgebers	87
II. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	90
1. Voraussetzungen	90
a) Erheblicher Arbeitsausfall, § 96 SGB III	90
(1) Versicherte Gründe des Arbeitsausfalls	91
(a) Maßgebliche Ursachen	91
(b) Kausalität	92
(2) Vorübergehender Arbeitsausfall	93
(3) Unvermeidbarkeit des Arbeitsausfalls	95
(4) Betrieblicher Mindestentgeltausfall	95
b) Individueller Entgeltausfall, § 95 Satz 1 Nr. 1 SGB III	97
c) Betriebliche Voraussetzungen, § 97 SGB III	99
d) Persönliche Voraussetzungen, § 98 SGB III	100
e) Anzeige des Arbeitsausfalls, § 99 SGB III	101
2. Rechtsfolgen	101
a) Leistungsumfang	101
(1) Bezugsdauer	101
(2) Leistungshöhe	102
b) Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Einordnung	104
(1) Steuerrecht	104
(2) Sozialversicherungsrecht	105
III. Verfahren	106
1. Grundstruktur des Verfahrens	106
2. Zuweisung der Verfahrensbefugnis	106
3. Auszahlung des Kurzarbeitergeldes	107

Teil 3: Rechtliche Ausgestaltung der wirtschaftlichen Absicherung in bedeutsamen Fallkonstellationen von gleichzeitig mit Kurzarbeit vorliegenden weiteren Gründen der Hinderung an der Arbeitsleistung	109
A. Kurzarbeit an gesetzlichen Feiertagen	109
I. Grundzüge der Entgeltfortzahlung an gesetzlichen Feiertagen	109
1. Zweck	109
2. Voraussetzungen	109
3. Rechtsfolgen	110
II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von gesetzlichen Feiertagen und Kurzarbeit de lege lata	112
1. Auswirkungen auf den Anspruch auf Feiertagsentgelt	112
a) Anspruch auf Feiertagsentgelt dem Grunde nach	112
(1) Anspruchsausschluss durch das Erfordernis der Monokausalität	112
(2) Anspruch aufgrund der Monokausalitätsfiktion des § 2 Abs. 2 EFZG	115
b) Höhe des Anspruchs auf Feiertagsentgelt	117
(1) Begrenzung der Anspruchshöhe auf den Betrag des Kurzarbeitergeldes nach h.M.	117
(2) Kritik an der Anspruchsbegrenzung	118
(a) Entgegenstehende Rechtsfolgenanordnung des § 2 Abs. 2 EFZG	118
(b) Keine Anspruchsbegrenzung aufgrund der tatbestandlichen Anknüpfung der Monokausalitätsfiktion an die Leistung von Kurzarbeitergeld	120
(c) Keine Beschränkung des Anspruchs aufgrund historischer Kontinuitäten	121
(d) Fehlen zwingender teleologischer Gründe für eine Anspruchsbegrenzung	123
(e) Ergebnis: Ungekürztes Feiertagsentgelt	125
c) Sozialversicherungsrechtliche Beitragstragung hinsichtlich des Feiertagsentgelts	126
(1) Alleinige Beitragsbelastung des Arbeitgebers nach h.M.	126

(2) Begründung hälftiger Beitragstragung durch die Arbeitsvertragsparteien	126
(a) Anwendung der beitragsrechtlichen Regelungen für Arbeitsentgelt	126
(b) Keine Abweichung von den beitragsrechtlichen Regelungen aufgrund des Entgeltausfallprinzips	127
(c) Fehlende Konsequenz der h.M. bei Anwendung des Entgeltausfallprinzips	129
(d) Systematische Schlüssigkeit hälftiger Beitragstragung	131
(aa) Verteilung der Beitragslast im Rahmen der gesetzlichen Regelungen	131
(bb) Beitragsrechtlich einheitliche Beurteilung eines einheitlichen Anspruchs	132
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	133
a) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	133
b) Höhe des Kurzarbeitergeldes	134
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	135
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	135
a) Ungerechtfertigte Begünstigung der Arbeitnehmer zulasten des Arbeitgebers	135
b) Fehlender Sachgrund für den Ausschluss des Kurzarbeitergeldes	136
2. Reformvorschlag: Neufassung des § 2 Abs. 2 EFZG	138
B. Kurzarbeit im Krankheitsfall	140
I. Grundzüge der Sicherung des Arbeitnehmers bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit	140
1. Arbeitsrechtliche Entgeltfortzahlung gem. §§ 3, 4 EFZG	140
a) Zweck	140
b) Voraussetzungen	141
c) Rechtsfolgen	142
2. Sozialversicherungsrechtliche Absicherung durch Krankengeld	144
a) Zweck	144

b) Voraussetzungen	144
c) Rechtsfolgen	146
II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit und Kurzarbeit de lege lata	147
1. Auswirkungen auf den Entgeltfortzahlungsanspruch	147
a) Anspruch auf Entgeltfortzahlung dem Grunde nach	147
(1) Anspruchsausschluss durch das Erfordernis der Monokausalität	147
(2) Keine abweichende Kausalitätsregelung	148
(a) § 4 Abs. 3 Satz 1 EFZG als Berechnungsvorschrift	148
(b) § 4 Abs. 3 Satz 1 EFZG als Regelung für das Bestehen des Entgeltfortzahlungsanspruchs in der Rechtsprechung des BAG	150
(c) Defizite dieser Rechtsprechung	151
(aa) Übermäßige Ausweitung des Anwendungsbereichs der Norm	151
(bb) Unvereinbarkeit mit dem Monokausalitätsgrundsatz	152
(cc) Systematischer Widerspruch zu § 98 Abs. 2 Var. 2 SGB III	154
(3) Abweichendes dogmatisches Konzept für die Entscheidung über das Bestehen von Ansprüchen in Kollisionsfällen	155
(a) Ablehnung des Monokausalitätsgrundsatzes	155
(b) Kollisionsfälle als entscheidungsbedürftiges Konkurrenzproblem	159
(4) Ergebnis: Differenzierung anhand des Umfangs der Kurzarbeit	162
b) Höhe des Entgeltfortzahlungsanspruchs	163
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	164
a) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	164
(1) Legislatorische Intention: Differenzierung anhand des Eintrittszeitpunkts der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit gem. § 98 Abs. 2 SGB III	164

(2) Rechtsdogmatische Kritik und Begründung der Differenzierung	166
(a) Defizite der Regelung im Rahmen der persönlichen Anspruchsvoraussetzungen	166
(aa) Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen im Kollisionsfall	167
(aaa) Versicherungspflichtige Beschäftigung	167
(bbb) Unbeendetes Arbeitsverhältnis	169
(ccc) Kein Ausschluss vom Kurzarbeitergeldbezug	171
(bb) Fazit: § 98 Abs. 2 SGB III als unzureichende Grundlage der Differenzierung	174
(b) Dogmatische Begründung der Differenzierung anhand des Eintrittszeitpunkts der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit	175
(3) Zum maßgeblichen Zeitraum des Bezugs von Kurzarbeitergeld	177
b) Höhe des Anspruchs auf Kurzarbeitergeld	181
3. Auswirkungen auf den Anspruch auf Krankengeld	181
a) Anspruch auf Krankengeld dem Grunde nach	181
(1) Ausgangspunkt: Ruhen des Krankengeldes im Fall des Zusammentreffens mit Arbeitsentgelt oder Kurzarbeitergeld gem. § 49 Abs. 1 Nr. 1, 3 SGB V	182
(a) Auswirkungen der Berechnungsvorschrift des § 47b Abs. 3 SGB V auf das Ruhen	182
(b) Konsequenzen eines Spitzbetrags-Krankengeldes für das Verhältnis von Kranken- und Kurzarbeitergeld	183
(c) Ruhen des Krankengeldes trotz rechnerischem Vorliegen eines Spitzbetrags	184
(2) Kein Ruhen bei Eintritt der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit vor der Möglichkeit des Kurzarbeitergeldbezugs	186

(3) Kein Ruhen bei kurzarbeitsunabhängigem Fehlen des Entgeltfortzahlungsanspruchs	186
b) Höhe des Krankengeldes	187
(1) Während des (hypothetischen) Entgeltfortzahlungszeitraums	187
(2) Außerhalb des Entgeltfortzahlungszeitraums	189
(3) Keine Reduktion des Krankengeldes auf das Sicherungsniveau bei Arbeitsfähigkeit	191
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	193
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	193
a) Übermäßige Komplexität des Zusammenwirkens der Ansprüche	193
b) Fehlen von Sachgründen für die Risikozuweisung während des Entgeltfortzahlungszeitraums	195
2. Reformvorschläge	197
a) Risikozuweisung anhand der Abgrenzung von arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung des Krankheitsrisikos	197
b) Klarstellung der Exklusivität von Kurzarbeitergeld und Krankengeld	199
C. Kurzarbeit an gesetzlichen Feiertagen im Krankheitsfall	200
I. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von gesetzlichen Feiertagen, krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit und Kurzarbeit de lege lata	200
1. Auswirkungen auf den Entgeltfortzahlungsanspruch	200
a) Anspruch auf Entgeltfortzahlung dem Grunde nach	201
(1) Umstrittenes Verständnis von § 4 Abs. 3 Satz 2 EFZG im Schrifttum	201
(2) Begründung des Entgeltfortzahlungsanspruchs	202
b) Höhe des Entgeltfortzahlungsanspruchs	204
c) Sozialversicherungsrechtliche Beitragstragung hinsichtlich der Entgeltfortzahlung	206
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Feiertagsentgelt	206
3. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	207
4. Auswirkungen auf den Anspruch auf Krankengeld	207

II. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	208
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	208
2. Reformvorschlag: Neufassung von § 4 Abs. 3 Satz 2 EFZG	209
D. Kurzarbeit während Infektionsschutzmaßnahmen	210
I. Grundzüge des Entschädigungsanspruchs gem. § 56 Abs. 1 IfSG	211
1. Zweck	211
2. Voraussetzungen	212
3. Rechtsfolgen	214
II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von Infektionsschutzmaßnahmen und Kurzarbeit de lege lata	215
1. Auswirkungen auf den Entschädigungsanspruch	215
a) Anspruch auf Entschädigung dem Grunde nach	215
b) Höhe des Entschädigungsanspruchs	217
(1) Sachwidrigkeit der Erhöhung des Verdienstausfalls um den Betrag des entgangenen Kurzarbeitergeldes gem. § 56 Abs. 3 Satz 4 IfSG	217
(2) Fehlender gesetzgeberischer Wille für eine überkompensierende Entschädigung	219
(3) Notwendigkeit einer teleologisch begründeten Korrektur von § 56 Abs. 3 Satz 4 IfSG	221
(4) Ergebnis: Entschädigungsanspruch in Höhe des Netto-Arbeitsentgelts	223
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	224
a) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	224
(1) Versicherungspflichtige Beschäftigung, § 98 Abs. 1 Nr. 1 SGB III	224
(2) Arbeitsausfall aus versicherten Gründen, § 96 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III	225
(a) Infektionsschutzrechtliche Maßnahme ist unabwendbares Ereignis	225
(b) Infektionsschutzrechtliche Maßnahme ist kein unabwendbares Ereignis	226

(3) Ergebnis: Kein Entfall des Anspruchs aufgrund der alternativen Kausalität	228
b) Höhe des Kurzarbeitergeldes	229
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	229
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	229
a) Unangemessene Höhe der Entschädigung	229
b) Verzögerung der wirtschaftlichen Entlastung des Arbeitgebers	230
2. Reformvorschläge	231
a) Berücksichtigung der Kurzarbeit für die Höhe des Entschädigungsanspruchs	231
b) Beseitigung irreführender Regelungen für die Behandlung des Kollisionsfalls	233
E. Kurzarbeit und Mutterschutz	233
I. Grundzüge der Sicherung der Arbeitnehmerinnen bei mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverboten	234
1. Mutterschutzlohn, § 18 MuSchG	234
a) Zweck	234
b) Voraussetzungen	235
c) Rechtsfolgen	237
2. Mutterschaftsgeld	239
a) Mutterschaftsgeld nach § 24i SGB V	239
(1) Zweck	239
(2) Voraussetzungen	240
(3) Rechtsfolgen	242
b) Mutterschaftsgeld nach § 19 Abs. 2 MuSchG	243
3. Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, § 20 MuSchG	244
a) Zweck	244
b) Voraussetzungen	244
c) Rechtsfolgen	246

II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverboten und Kurzarbeit de lege lata	247
1. Zusammentreffen von Beschäftigungsverboten außerhalb der Schutzfristen mit Kurzarbeit	247
a) Auswirkungen auf den Anspruch auf Mutterschutzlohn	247
(1) Anspruch auf Mutterschutzlohn dem Grunde nach	247
(a) Ausschluss durch das Erfordernis der Monokausalität	248
(b) Fehlende gesetzliche Regelung des Kollisionsfalls	249
(aa) Keine zeitliche Kongruenz der von § 21 Abs. 2 Nr. 2 MuSchG erfassten Kurzarbeitsphase mit dem Kollisionsfall	249
(bb) Kein Umkehrschluss zu § 21 Abs. 4 Nr. 2 MuSchG für den Bestand des Anspruchs	250
(c) Wertende Entscheidung über den Anspruch auf Mutterschutzlohn	251
(aa) Begründung des Anspruchs durch Klocke/Dittmar	251
(bb) Kritische Würdigung der Argumentation	252
(cc) Eigene Begründung des Anspruchs	254
(2) Höhe des Anspruchs auf Mutterschutzlohn	257
b) Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	258
(1) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	258
(2) Höhe des Kurzarbeitergeldes	259

2. Zusammentreffen der Schutzfristen mit Kurzarbeit	259
a) Auswirkungen auf den Anspruch auf Mutterschaftsgeld	259
(1) Mutterschaftsgeld gem. § 24i SGB V	259
(a) Anspruch auf Mutterschaftsgeld dem Grunde nach	259
(aa) Kein Entfall der Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenkasse	259
(bb) Kein Ausschluss wegen der alternativen Kausalität von Schutzfrist und Kurzarbeit	260
(b) Höhe des Mutterschaftsgeldes	262
(2) Mutterschaftsgeld gem. § 19 Abs. 2 MuSchG	262
b) Auswirkungen auf den Anspruch auf Zuschuss zum Mutterschaftsgeld	263
(1) Anspruch auf den Zuschuss dem Grunde nach	263
(2) Höhe des Zuschusses	265
c) Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	265
(1) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	265
(2) Höhe des Kurzarbeitergeldes	267
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	268
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	268
a) Ausgangspunkt: Keine umfassende Bewertung der Konzeption der mutterschutzrechtlichen Leistungen	268
b) Fehlen einer gesetzlichen Regelung des Kollisionsfalls	269
2. Reformvorschlag: Klarstellung der unveränderten Entstehung mutterschutzrechtlicher Ansprüche bei gleichzeitig vorliegender Kurzarbeit	270
F. Kurzarbeit und gesetzlicher Mindesturlaub	272
I. Grundzüge des bezahlten Erholungsurlaubs	272
1. Zweck	272
2. Voraussetzungen	273

3. Rechtsfolgen	273
a) Freistellung des Arbeitnehmers	273
b) Zahlung von Urlaubsentgelt	275
c) Erforderlichkeit der Kombination beider Aspekte zur Erfüllung des Anspruchs	277
II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von gesetzlichem Mindesturlaub und Kurzarbeit de lege lata	278
1. Auswirkungen auf den Anspruch auf Urlaubsentgelt	278
a) Anspruch auf Urlaubsentgelt dem Grunde nach	279
(1) Ausgangspunkt: Urlaubsgewährung nur im Kollisionsfall problematisch	279
(a) Rechtsdogmatische Einordnung arbeitsrechtlicher Freistellungen	279
(b) Kein Ausschluss verschiedener Freistellungen unter Kausalitätsgesichtspunkten	281
(c) Vermeidbarkeit des Kollisionsfalls nach rechtsgeschäftlichen Grundsätzen	282
(aa) Ausdrückliche Vereinbarung über den maßgeblichen Hinderungsgrund	282
(bb) Auslegung der Freistellungsregelungen	283
(aaa) Auslegung zugunsten eines Hinderungsgrunds	284
(bbb) Keine Auslegung zugunsten eines Hinderungsgrunds bei kollektivvertraglicher Rechtsgrundlage der Kurzarbeit	285
(2) Urlaubsgewährung bei Kurzarbeit ohne Restarbeitszeit	287
(a) Ablehnung des Vorrangs der Kurzarbeit	287
(aa) Unmöglichkeit des Leistungserfolgs der Urlaubserteilung nach h.M.	287
(bb) Ablehnung der Unmöglichkeitsthese	290
(aaa) Die Unmöglichkeitsthese als Erscheinungsform des Monokausalitätsgrundsatzes	290

(bbb) Ablehnung des Monokausalitätsgrundsatzes im Urlaubsrecht	290
(ccc) Keine Begründung der Unmöglichkeitsthese mit normenhierarchischen Erwägungen	291
(b) Begründung des Vorrangs des Urlaubs	293
(aa) Gesetzgeberische Wertung zugunsten des Vorrangs des Urlaubs	293
(bb) Anreiz zur Inanspruchnahme von Urlaub in Kurzarbeitsphasen	295
(cc) Vereinbarkeit mit dem Erholungszweck des Urlaubs	296
(dd) Europarechtskonforme Lösung des Kollisionsfalls	297
(3) Urlaubsgewährung bei Kurzarbeit mit Restarbeitszeit	298
b) Höhe des Urlaubsentgelts	300
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	301
a) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	301
(1) Unvermeidbarkeit des Arbeitsausfalls, § 96 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III	301
(a) An Urlaubstagen	302
(b) An Nicht-Urlaubstagen	303
(2) Betrieblicher Mindestentgeltausfall, § 96 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB III	305
b) Höhe des Kurzarbeitergeldes	306
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	308
1. Rechtspolitische Kritik an der geltenden Rechtslage	308
a) Zur wirtschaftlichen Belastung des Arbeitgebers	308
b) Möglicher Entfall der Ansprüche des Arbeitnehmers	308
2. Reformvorschläge	310
a) Normierung des Vorrangs des Urlaubs vor der Kurzarbeit	310
b) Anknüpfung an den erheblichen Arbeitsausfall im Rahmen von § 106 Abs. 2 Satz 1 SGB III	311

G. Kurzarbeit bei vorübergehender Verhinderung	312
I. Grundzüge der Anspruchserhaltung nach § 616 BGB	312
1. Zweck	312
2. Voraussetzungen	313
3. Rechtsfolgen	314
II. Rechtliche Auswirkungen des Zusammentreffens von persönlichen Hinderungsgründen und Kurzarbeit de lege lata	315
1. Auswirkungen auf die Anspruchserhaltung nach § 616 BGB	315
a) Anspruchserhaltung nach § 616 BGB dem Grunde nach	315
b) Höhe des aufrechterhaltenen Anspruchs	317
2. Auswirkungen auf den Anspruch auf Kurzarbeitergeld	318
a) Anspruch auf Kurzarbeitergeld dem Grunde nach	318
b) Höhe des Kurzarbeitergeldes	319
III. Möglichkeiten der interessengerechten Ausgestaltung des Kollisionsfalls de lege ferenda	319
Teil 4: Entwicklung von Wertungsmaßstäben für die Bewältigung von Kollisionsfällen mit Kurzarbeit	321
A. Ausgangspunkt: Notwendigkeit der Entwicklung von Wertungsmaßstäben	321
I. Kollisionsfälle als entscheidungsbedürftiges Wertungsproblem	321
II. Fehlen erkennbarer Wertungsmaßstäbe de lege lata	324
B. Heranzuziehende Wertungsmaßstäbe für die Lösung von Kollisionsfällen	326
I. Wirtschaftliche Entlastung des Arbeitgebers	327
1. Begründung des Maßstabs	327
2. Verwirklichung de lege lata	328
3. Verfehlung de lege lata und Konsequenzen de lege ferenda	329
a) Kurzarbeit an gesetzlichen Feiertagen	329
b) Kurzarbeit an gesetzlichen Feiertagen im Krankheitsfall	331

c) Kurzarbeit und gesetzlicher Mindesturlaub	331
II. Wirtschaftliche Absicherung des Arbeitnehmers	332
1. Begründung des Maßstabs	332
2. Verwirklichung de lege lata	333
a) Beibehaltung des Sicherungsniveaus bei Kurzarbeit	333
b) Überschreitung des Sicherungsniveaus bei Kurzarbeit	334
(1) Kurzarbeit und Infektionsschutzmaßnahmen	335
(2) Kurzarbeit und mutterschutzrechtliche Beschäftigungsverbote	336
(3) Kurzarbeit und gesetzlicher Mindesturlaub	337
3. Verfehlung de lege lata und Konsequenzen de lege ferenda	337
III. Risikoorientierte Gewährung von Kurzarbeitergeld	339
1. Begründung des Maßstabs	339
2. Verwirklichung de lege lata	340
a) Kurzarbeit und infektionsschutzrechtliche Maßnahmen	340
b) Kurzarbeit und mutterschutzrechtliche Beschäftigungsverbote	341
3. Verfehlung de lege lata und Konsequenzen de lege ferenda	342
a) Kurzarbeit an gesetzlichen Feiertagen	342
b) Kurzarbeit im Krankheitsfall	343
c) Kurzarbeit und gesetzlicher Mindesturlaub	344
IV. Resümee: Grundsatz der Beibehaltung der Stabilisierungswirkung der Kurzarbeit de lege ferenda	344
Teil 5: Zusammenfassung der wesentlichen Untersuchungsergebnisse	347
Literaturverzeichnis	357